

Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD

Von Rudolf Uertz

Der frühere Bundeskanzler, Dr. h.c. Helmut Schmidt, erhielt am 18. Oktober 2005 den Oswald von Nell-Breuning-Preis der Stadt Trier. Der Festakt fand in der Promotionsaula der Theologischen Fakultät Trier statt, an einer historischen Stätte, die einst dem renommierten Friedrich-Wilhelm-Gymnasium als Aula diente. Die Laudatio hielt der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Professor Dr. Bernhard Vogel. Der folgende Beitrag nimmt die Verleihung des nach dem Nestor der katholischen Soziallehre benannten Preises an den bedeutenden SPD-Politiker zum Anlass, das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Katholischen Kirche, zur christlichen Sozialethik und zu Oswald von Nell-Breuning, ihrem führenden Vertreter, näher zu beleuchten.

Das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Trier ist eine außergewöhnliche Schule. Es ist aus dem im Jahre 1561 eröffneten Jesuitenkolleg hervorgegangen. Da weder der Orden noch die einzelnen Lehrer den Unterricht zur Einnahmequelle für sich selbst machen durften, der Orden an sich aber kein Vermögen hatte und die Regeln der Gesellschaft Jesu die Unentgeltlichkeit des Unterrichts vorschrieben, mussten die Kosten für den Unterricht von Stiftern getragen werden. Durch Schenkungen einer Reihe von Weingütern an Mosel und Saar, die unter anderem von dem Trierer Erzbischof von Eltz stammten, konnten die Kosten der Anstalt bestritten werden. Nach der Säkularisation und dem Ende des Kurfürstentums Trier im Gefolge der Französischen Revolution war die Schule unter französischer Administration vorübergehend eine *École secondaire*. Von 1815 an wurde sie als Königlich-Preußisches Gymnasium fortgeführt; seit 1896 trägt sie den Namen Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, um Verwechslungen mit dem neu gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gymnasium, dem heutigen Max-Planck-Gymnasium, zu vermeiden.¹

Die Berühmtheit des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums resultiert nicht nur aus ihrer Geschichte und einer stattlichen Anzahl berühmter Absolventen, sondern auch aus dem Umstand, dass das Weingut dieser Schule so gute Weine

¹ Die 1775 fertiggestellte Promotionsaula gehörte zur alten Trierer Universität; vgl. Michael EMBACH, *225 Jahre Bischöfliches Priesterseminar Trier. Ein Streifzug durch seine Geschichte*, in: *Jahrbuch Kreis Trier-Saarburg 1999*, S. 234–240.

hervorbringt.² Zeitweise war die berühmte Einrichtung in den Gebäuden des Priesterseminars und der Alten Trierer Universität untergebracht, die 1798 durch die französische Revolutionsregierung aufgehoben wurde. So kam es, dass in der Promotionsaula der Theologischen Fakultät, die dem Friedrich-Wilhelm-Gymnasium eine Zeit lang als Festsaal diente, im September 1835 Karl Marx als 17-Jähriger sein Reifezeugnis erhielt. 73 Jahre später folgte ihm als Abiturient der 18-jährige Oswald von Nell-Breuning. Das Trierer Gymnasium hat damit zwei berühmte Sozialphilosophen hervorgebracht, die freilich höchst unterschiedliche Wege gingen.

Weitere berühmte Absolventen der Schule waren der Vorsitzende der Zentrumspartei, Ludwig Kaas, der 1900 das Abitur machte und später am Priesterseminar Trier eine Professur für Kirchenrecht hatte, ferner Matthias Eberhard, der ein Jahr vor Karl Marx das Reifezeugnis erhielt. Seine Zeit als Bischof von Trier fiel in die Kulturkampfzeit; von den preußischen Behörden wurde er zehn Monate inhaftiert. Schließlich ist im Kontext des Themas ein weiterer bekannter Absolvent des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums zu erwähnen: Joseph Höffner, Abiturjahrgang 1926, Professor für Christliche Gesellschaftslehre in Trier und Münster und später Erzbischof von Köln und Kardinal.

Höffner hat die Chronik seines Gymnasiums eingesehen und berichtet über die Abiturprüfungen des Jahres 1835 wie folgt: „Am Dienstag, dem 22. September 1835, morgens acht Uhr, ... legte am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium zu Trier ein 17jähriger Oberprimaner die mündliche Reifeprüfung in evangelischer Religion ab. Es wurde ihm die Aufgabe gestellt, die drei ersten Verse des 14. Kapitels bei Johannes auszulegen, die Worte Christi: ‚Glaubt an Gott und glaubt an mich. Im Hause meines Vaters sind viele Wohnungen. Ich gehe hin, euch einen Platz zu bereiten.‘ Daran anschließend wurde er über die Unsterblichkeit der Seele gefragt – eine Prüfung über die christliche Botschaft von der göttlichen Berufung des Menschen und seiner ewigen Heimat bei Gott, eine Prüfungsfrage, wie sie der evangelische Religionslehrer treffender nicht hätte stellen können, wenn er das Lebensschicksal und die weltgeschichtliche Bedeutung jenes Abiturienten vor sich gesehen hätte. Denn der Siebzehnjährige ist kein anderer als Karl Marx gewesen, der Begründer des dialektischen Materialismus, für den es keine ewigen Wohnungen gibt.“³

2 Heute ist das Weingut von der Schule getrennt. Aber die Stiftung Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, die in der Zuständigkeit des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz liegt, unterstützt immer noch mit Teilen ihrer Erträge das Gymnasium.

3 Zit. nach Heribert KLEIN (Hg.), *Oswald von Nell-Breuning – Unbeugsam für den Menschen. Lebensbild, Begegnungen, Ausgewählte Texte*, Freiburg i.Br. 1989, S. 19f.

Nell-Breunings Auseinandersetzung mit Karl Marx

Wie kaum ein katholischer Sozialethiker vor und nach ihm hat sich auch Oswald von Nell-Breuning mit der Person und dem Werk von Karl Marx beschäftigt.⁴ Er tat das nicht mit dem Interesse eines Marxismusforschers; aber ein Denker, der sich so intensiv und kenntnisreich mit den Grundlagen und den Problemen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung beschäftigt und der auszuloten bemüht ist, wo sich im Kontext ordnungspolitischer Typologien christlich-soziale Wurzeln und Ideen bewegen, kommt nicht an Marx vorbei. Der Jesuit brachte sein Urteil über den Begründer des historisch-dialektischen Materialismus einmal auf die vielzitierte Formel: „Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx.“⁵ Aber wie viele prononcierte Wissenschaftler und Publizisten konnte sich Nell-Breuning mit dieser These nicht vor Vereinnahmungen von falscher Seite, aber auch nicht vor Kritik schützen, die jedoch meist aus Unkenntnis, Missverständnissen und Verdrehungen resultierte. Aber das focht den Jesuiten nie an.

Wer Nell-Breunings Verhältnis zu Marx und zum Marxismus verstehen will, muss tiefer in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, aber auch in den persönlichen Werdegang des Jesuiten und die konfessionellen und kulturellen Bedingungen des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts eindringen. Nell-Breuning, der älteste Sohn eines Gutsbesitzers, sollte eigentlich das Erbe der Familie weiterführen, aber er fühlte sich zum Priester berufen. Zu der Frage, was seine Berufung besonders gefördert habe, antwortete er: „Wie damals katholische Arbeiter wegen der Haltung ihrer Seelsorger“ in der Frage der interkonfessionellen Gewerkschaften und von Selbsthilfeorganisationen „gelitten haben, das hat, möchte ich sagen, mein Leben geprägt.“⁶ Nell-Breuning hat die Soziale Frage und die Frage gerechter Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, d. h. näherhin die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Arbeiterschaft und der lohnabhängigen Bevölkerung, Zeit seines Lebens nicht mehr losgelassen. Aber er ging nicht den damals typischen Weg des Geistlichen in der Politik: Er wurde kein „Zentrumsprälat“, wie man die katholischen Priester im Deutschen Reichstag und in den Landtagen nannte. Nell-Breunings Einsatz

4 Deutschsprachige Theologen und Sozialethiker haben sich verhältnismäßig wenig mit Karl Marx beschäftigt. Ausnahmen sind Franz KLÜBER, *Die katholische Soziallehre in der Begegnung mit Karl Marx*, in: DERS.: *Der Umbruch des Denkens in der katholischen Soziallehre*, Köln 1982, S. 317–348; wichtige Beiträge zur marxistischen Philosophie und zum historischen und dialektischen Materialismus leisteten Gustav A. Wetter, Joseph M. Bochenski und Marcel Reding.

5 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, „Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx“, in: *Stimmen der Zeit* 194 (1976), S. 616–622; DERS., *Auseinandersetzung mit Karl Marx*, München 1969.

6 *Oswald von Nell-Breuning im Gespräch mit Helmut Hammerschmidt*, in: Karl B. SCHNELTING (Hg.), *Zeugen des Jahrhunderts*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1981, S. 119–146; hier S. 124.

für die sozial Schwachen und Unterprivilegierten konzentrierte sich vielmehr auf die Arbeit eines wissenschaftlich reflektierenden Theologen, Ordensmanes und Sozialwissenschaftlers, der aus dem Glauben heraus Ideen, Programme, Konzepte für die Schaffung würdiger sozialer, politischer und wirtschaftlicher Bedingungen für Mensch und Gesellschaft zu entwickeln gedachte.⁷

Religion und christlicher Glaube waren für Nell-Breuning dabei weit mehr als ein bloßes Motiv für soziales Engagement; sie fungierten vielmehr als Träger und Vermittler anthropologischer, sozialer und kultureller Ideen. Insofern waren Theologie und Sozialethik auch Orientierungsmarken für politisches und gesellschaftlich-solidarisches Handeln. Aber andererseits achtete der Jesuit stets darauf, Religion und Theologie nicht zum Zwecke rein weltlicher Interessen und Ziele zu instrumentalisieren. Nell-Breuning war nie Verfechter einer politischen Theologie, der er – auch als sie in den 1960er Jahren in Kreisen der katholischen und evangelischen Kirche wieder in Mode kam – kritisch gegenüberstand. Die Religion, so schreibt er in einem Artikel über *Politische Theologie*, kann die sittlich-verantwortliche Entscheidung befruchten, vermag sie aber nie zu ersetzen. Der christliche Glaube kann sehr wohl Antrieb für den Einsatz menschenwürdiger Verhältnisse in Staat und Gesellschaft sein; aber welcher konkrete Weg dabei einzuschlagen ist, ob und inwieweit sozial-reformerische oder – bezogen vor allem auf die sog. *Befreiungstheologie* – gar revolutionäre Methoden und Konzepte angewandt werden sollen, ist eine ethisch-sittliche Frage; und dazu bedarf es unbedingt sozialwissenschaftlicher Kenntnisse.⁸

Katholiken und Juden im protestantisch-preußischen Staat

Es gilt demnach, die religiösen und sittlichen Bezüge des christlichen Glaubens von den institutionellen und historischen Beziehungen von Kirche und Gesellschaft sowie die verschiedenen Aufgaben von Religion und Politik streng zu beachten.⁹ Diese Beziehungen waren seit der Säkularisation, die vor allem für den Katholizismus in Deutschland im Allgemeinen und in den ehemaligen geistlichen Kurfürstentümern, deren kulturelle und soziale Infrastruktur zer-

7 Vgl. Rudolf UERTZ, *Gerechtigkeit und Freiheit. Oswald von Nell-Breuning als politischer Denker*, in: *Sozialethik und politische Bildung. Festschrift für Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag*, hg. von Karl Graf BALLESTREM u. a., Paderborn 1995, S. 139–159.

8 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, „*Politische Theologie*“ *einst und jetzt*, in: *Stimmen der Zeit* 186 (1970), S. 234–246; Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Politische Theorie und politische Theologie. Bemerkungen zu ihrem gegenseitigen Verhältnis*, in: Jacob TAUBES (Hg.), *Religionstheorie und Politische Theologie*, Bd. 1: *Der Fürst dieser Welt*, 2. Aufl., München 1983, S. 16–25.

9 Zum Verhältnis von Religion und Politik vgl. jetzt Manfred BROCKER (Hg.), *Christentum und Demokratie*, Darmstadt 2006.

schlagen wurde, arg gestört. Die dadurch entstandenen sozialen und kulturellen Bedingungen für die Katholiken im Deutschen Kaiserreich sind mit einer der wichtigsten Motive für die Gründung der katholischen Zentrumspartei 1870/71, die für die Emanzipation der Katholiken in Gesellschaft und Politik stritt. In einem Beitrag für das Nachrichtenblatt des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Trier äußert sich der Sozialethiker zur religionspolitischen Situation in der Preußischen Rheinprovinz, wozu das ehemalige Kurfürstentum Trier nach 1815 gehörte. Von besonderem Interesse ist dabei auch die Situation der Juden im preußischen Staat, in dem der evangelische Glaube die „Hauptreligion“ war. Das hieß zugleich, dass alle führenden Positionen in der Verwaltung, der Beamtenschaft und im Militär mit Protestanten besetzt waren, solange Preußen Königreich war. Die religiös-politischen Bedingungen in der Preußischen Rheinprovinz waren demnach für Katholiken und Juden gleichermaßen spannungsreich.

In dem Beitrag äußert sich der Jesuit wie folgt: „Um Anschluß an die protestantische Oberschicht zu gewinnen, mußte man sich evangelisch taufen lassen und seine Familie dem evangelischen Bekenntnis zuführen. So verfuhr auch Rechtsanwalt Marx und zwang auch seinen Sohn Karl, dieses Spiel mitzuspielen. Für Karl aber bedeutete das nicht ein dem Staat vorgespieltes Spiel, sondern den Bruch mit der ehrwürdigen alttestamentlichen Kulturtradition, die das Judentum durch alle Zeiten festgehalten hatte und die Karl mit der Tradition der Familie bereits tief in sich aufgenommen hatte und die für ihn sein ganzes Leben lang prägend blieb. So fühlte Karl sich vom Vater innerlich vergewaltigt: der Haß gegen den ihm aufgezwungenen Bekenntniswechsel ließ ihn niemals ein zutreffendes Verständnis der christlichen Religion finden und wuchs sich bei ihm aus zum glühenden Haß gegen jede Religion und gegen Gott oder wohl richtiger gegen das Zerrbild, das er sich von Gott machte.“¹⁰

Nell-Breuning sieht in der erzwungenen Konversion der Familie und dem Bruch mit der jüdischen Tradition einen wesentlichen Grund für den Atheismus und den kämpferisch-radikalen Impetus von Marx. Der Jesuit hat immer deutlich gemacht, wo die Trennlinien zum Ansatz von Karl Marx und dem historischen und dialektischen Materialismus einerseits sowie zu einem theistischen Denken andererseits liegen. Auch betonte der Jesuit stets, dass Marx letztlich außer seinen Forderungen nach Enteignung der Eigentümer („Expropriation der Expropriateure“) und nach Übernahme der Verfügungsgewalt über die Produktion durch das Proletariat kein genuines Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm entworfen habe, eine Feststellung, die übrigens auch Kurt Schumacher bei der Eröffnung des Karl-Marx-Hauses in Trier 1947 gemacht

10 Zit. nach KLEIN (wie Anm. 3), S. 138.

hat.¹¹ Wie für viele katholische Sozialethiker und Sozialreformer war es auch für Nell-Breuning bedrückend, dass durch das unglückliche Verhältnis von Kirche und Gesellschaft die Impulse zur Überwindung der Sozialen Frage in hohem Maße von atheistischen und agnostischen Sozialreformern ausgingen, so dass die Kirche ein gespaltenes Verhältnis zur Arbeiterschaft und zur Sozialdemokratie hatte. So beklagt Nell-Breuning, „daß diese im wesentlichen zutreffende Zergliederung und Entlarvung der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht von einem christlichen Sozialwissenschaftler unter dem Antrieb christlicher Liebe, christlichen Gerechtigkeits- und Wahrheits sinnes geleistet worden ist“, sondern „einem Atheisten und Materialisten vorbehalten“ blieb.¹²

Das Verhältnis zwischen Kirche und SPD nach 1945

Das Verhältnis zwischen den Konfessionen, zwischen Kirchen, säkularem Staat und Parteien, zwischen bekennenden Christen und Sozialdemokraten, zwischen der christlich-sozialen und der sozialistischen sowie sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist erst nach 1945 entspannter geworden. Und so begann sich erst in den späten 1950er Jahren das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und SPD zu versachlichen und zu normalisieren, wobei zu bemerken ist, dass hierzu beide Seiten ihren Beitrag leisten mussten.¹³ Denn noch galt das Verdikt der päpstlichen Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* von 1931, in der es hieß: „Um unserer väterlichen Hirten Sorge Genüge zu tun, erklären Wir: der Sozialismus, gleichviel ob als Lehre, als geschichtliche Erscheinung oder als Bewegung, ... bleibt mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar – er müßte denn aufhören, Sozialismus zu sein: der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsauffassung ist unüberbrückbar.“¹⁴

Diese Verurteilung des Sozialismus durch das kirchliche Lehramt galt für bekennende Katholiken ebenso wie auch für Sozialdemokraten als Schranke für eine Annäherung. Aber auch in der Sozialdemokratie gab es ein solches Unvereinbarkeitsdogma. Im Jahre 1874 beschied August Bebel dem westfälischen Kaplan Wilhelm Hohoff: „Christentum und Sozialismus stehen zuein-

11 Vgl. Karl FORSTER, *Diskussionsbericht*, in: Adolf ARNDT/Gustav GUNDLACH/Waldemar von KNOERNGEN, *Christentum und demokratischer Sozialismus* (Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern 3), München 1958, S. 263–316, hier S. 272, 286.

12 Oswald von NELL-BREUNING, *Marxismus*, in: DERS./Hermann SACHER (Hg.), *Wörterbuch der Politik*, Heft V: *Gesellschaftliche Ordnungssysteme*, Freiburg i.Br. 1951, Sp. 224–242, hier S. 240.

13 Vgl. aus evangelischer Sicht Theodor STROHM, *Kirche und demokratischer Sozialismus. Studien zur Theorie und Praxis politischer Kommunikation*, München 1968.

14 *Quadragesimo anno* (1931), Nr. 117, zit. nach: *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*. Mit einer Einführung von Oswald von Nell-Breuning, 4. Aufl., Köln 1977, S. 134.

ander wie Feuer und Wasser.“¹⁵ Und bis weit in die 1950er Jahre hatte für die Sozialdemokratie der Satz des Erfurter Programms der SPD von 1891 offiziell Gültigkeit: „Religion ist Privatsache.“¹⁶

Hans Jochen-Vogel charakterisiert das Erfurter Programm von 1891 wie folgt: Es war „in seinem theoretischen Teil erfüllt von der Gewißheit, daß mit dem Sozialismus, das hieß nach dem damaligen Verständnis mit der im Wege des Klassenkampfes zu verwirklichenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nicht nur die Befreiung des Proletariats, sondern die Befreiung des gesamten Menschengeschlechtes und damit ein geschichtlicher Endzustand eintreten werde. Diese Gewißheit war mit einer uneingeschränkten Fortschrittsgläubigkeit verbunden, die für religiöse Bindungen kaum Raum ließ, und die sich auch auf die Überzeugung bezog, daß die Entwicklung zum Sozialismus zwingend sei. Dem lagen sicherlich Marxsche Gedankengänge zu Grunde, so etwa die Lehre von dem durch die Ökonomie determinierten Bewußtsein des Menschen.“¹⁷

Wollte die SPD tiefer ins bürgerliche Lager eindringen, so musste sie zwangsläufig ihre politische Theorie und Programmatik grundsätzlich neu ordnen, zugleich aber auch ihr Verhältnis zu den christlichen Kirchen und das hieß vor allem auch zur christlichen Sozialethik neu reflektieren. Die katholische Kirche war nach 1945 „ein Machtfaktor im Lande. Das Wählerverhalten der Katholiken war in diesen Jahren mehrheitsrelevant. Dem entsprachen die Bemühungen der Unionsführer um Pflege und Erhalt der Verbindungen zu den katholischen Bereichen.“ Dies war „einer der Gründe für die Bemühungen der Sozialdemokraten und Liberalen, das Verhältnis zur katholischen Kirche zu verbessern“.¹⁸

15 August BEBEL, *Christentum und Sozialismus* (1. Aufl. 1874; Nachdr. der 9. Aufl. 1901), Schwerte 1978; vgl. Stefan UMMENHOFER, *Wie Feuer und Wasser? Katholizismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik*, Berlin 2003; DERS., *Hin zum Schreiten Seit' an Seit'? SPD und katholische Kirche seit 1957*, Berlin 2000.

16 Vgl. Wolfgang THIERSE (Hg.), *Religion ist keine Privatsache*, Düsseldorf 2000; Susanne MILLER/Heinrich POTTHOFF, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1990*, 7. Aufl., Bonn 1991, S. 53ff.; Wolf-Dieter NARR, *CDU–SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart 1966.

17 Hans-Jochen VOGEL, *Sozialdemokratie und katholische Soziallehre. Die Entwicklung und der gegenwärtige Zustand ihres Verhältnisses*. Typoskript des Referats anlässlich der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Katholischen Akademie in Münster zum Thema „Solidarität und Dialog“ vom 5. Oktober 1991, S. 4; vgl. auch Franz KLÜBER, *Katholische Soziallehre und demokratischer Sozialismus*, 2. Aufl., Bonn 1979; DERS., *Freiheitlicher Sozialismus und katholische Gesellschaftslehre in der Begegnung*, in: *Die Neue Gesellschaft* 11 (1964), S. 48–64.

18 Burkhard Reichert anlässlich der Buchpräsentation von Thomas M. GAULY, *Katholiken – Machtanspruch und Machtverlust*, Bonn 1991, am 6. Dezember 1990 in Bonn, Typoskript S. 5; vgl. Heinz RAPP, *Katholizismus und Sozialdemokratie – Entwicklungen und*

Die diesbezüglichen Bemühungen von Sozialdemokraten reichen bis in die Zeit der Wieder- und Neugründung der Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Wichtige Anlaufstätten für solche Unternehmungen waren vor allem die Forschungs- und Bildungsstätten der katholischen Soziallehre, insbesondere die der Dominikaner in Walberberg und der Jesuiten im Umfeld der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt. Die bedeutendsten Vertreter der christlichen Soziallehre in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg waren Eberhard Welty und Oswald von Nell-Breuning. Die Interessen der Sozialdemokraten an Gesprächen und Gesprächskreisen mit katholischen Theologen und Sozialethikern wird man nicht einfach als Bittstellerserei abtun können. Dies zeigen zum einen der frühe Zeitpunkt der Gespräche, die bis ins Jahr 1945 zurückreichen, zum andern die Intensität und Ernsthaftigkeit der Begegnungen und Gespräche.

Das erste Treffen zwischen SPD und katholischen Theologen 1945/46

So trafen sich im Herbst 1945 im Kloster Walberberg die Dominikaner Welty und Laurentius Siemer mit Vertretern der Sozialdemokratie. Das Gespräch diente der Sondierung der unterschiedlichen Positionen der christlichen Soziallehre und der SPD zu Wirtschaft, Gesellschaft und Staat und der Haltung der Sozialdemokratie zu Christentum und Kirche sowie Fragen der Konfessions- und Gemeinschaftsschule. Laurentius Siemer, der Provinzial der Dominikanerprovinz Teutonia, der zu den Verfechtern eines christlichen Sozialismus gehörte, fasste in einer Mitteilung an den Kölner Erzbischof Joseph Frings die Ergebnisse dieses Gesprächs zusammen:

1. Die „Sozialdemokratie lehnt den Marxismus ab und steht nicht mehr auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung.
2. Die Sozialdemokraten kommen zwar historisch zum Sozialismus vom Marxismus her, heute aber grundsätzlich von der christlichen Ethik als Grundlage der abendländischen Kultur ohne dogmatische Bindung.
3. Die Sozialdemokraten wollen eine Trennung von Kirche und Staat in der Form, dass beide voneinander völlig frei sind, aber einander unterstützen. Der Staat schützt die Rechte der Kirche, und die Kirche erzieht die Gläubigen zu einer ethischen Haltung zum Staate hin.

Aspekte, in: Thomas MEYER (Hg.), *Demokratischer Sozialismus. Geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft*, München 1980, S. 63–80.

4. Die Sozialdemokraten wollen als Staatsschule die christliche Gemeinschaftsschule mit konfessionellem Religionsunterricht als Schulfach, erteilt von Lehrern, die von der Kirche bestellt und beaufsichtigt werden ...¹⁹

Bemerkenswert ist, dass hier die politiktheoretischen Grundlinien einer Revision, wie sie in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wirksam werden sollten, schon erkennbar sind. Aber große Teile der Partei waren von dem veränderten sozialdemokratischen Geschichts- und Politikverständnis der Parteiführung noch nicht erfasst.

Das Gespräch der Sozialdemokraten in Walberberg fand gleichzeitig mit einer Zusammenkunft ehemaliger christlicher Arbeiter- und Gewerkschaftsführer, den sich konstituierenden Sozialausschüssen der CDU, anlässlich des Besuchs von Adam Stegerwald, dem Mitbegründer der CSU in Bayern, statt. Stegerwald war über das Treffen der Dominikaner mit den SPD-Politikern „sehr erfreut“; noch gab es Kreise in der CDU, die mit einem christlichen Sozialismus liebäugelten und die Idee einer (christlichen) Arbeiterpartei hegten. Andere christlich-demokratische Politiker sahen in solchen Gesprächen jedoch die Gefahr, die Sozialdemokratie könne dadurch für katholische Kreise als „hoffähig“ angesehen werden. In Walberberg fand wenige Monate später ein weiteres Treffen statt, an dem Kurt Schumacher, Robert Görlinger und Adolf Grimme teilnahmen. Gegenstand dieses Gesprächs waren vor allem Fragen des Sozialismus und des Naturrechts.²⁰

Während diese Begegnungen im kleinen Kreis stattfanden und einer größeren Öffentlichkeit unbekannt blieben, nahmen die Gespräche zwischen Vertretern der katholischen Soziallehre und der Sozialdemokratie in den späten 1950er Jahren einen wesentlich anderen Charakter an.

Programmatische Neuorientierung der SPD 1957–1959

Nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1957, bei der die Unionsparteien unter Adenauer die absolute Mehrheit errangen, forcierte die SPD ihre Bemühungen, ihr programmatisches und politisches Profil zu modernisieren und stärker dem gesellschaftlich-politischen Wandel anzupassen. Die Partei musste hierzu ideologischen Ballast abwerfen (Carlo Schmid), sich dem bürgerlichen Lager stärker öffnen und die bewusstseinsprägende Rolle des Marxismus radikal überdenken. Die Neuorientierung der Partei und ihrer Program-

19 Brief von P. Laurentius Siemer an Erzbischof Frings vom 22. Oktober 1945, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Jakob Kaiser, Nr. 88; zit. nach Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981, S. 36.

20 Vgl. Laurentius SIEMER, *Aufzeichnungen und Briefe*, Frankfurt/M. 1957, S. 160.

matik, die ihren Ausdruck in der Hinwendung der Arbeiterpartei zu einer „Partei des Volkes“ fand, bedeutete zugleich eine „weltanschauliche Offenheit in der Begründung des Sozialismus“ und des Selbstverständnisses der Partei.

Der *Volksparteigedanke* sollte die entscheidende Formel zur Öffnung der Sozialdemokratie gegenüber neuen Mitglieder- und Wählerschichten und zur Neubestimmung des Demokratischen Sozialismus sein, der auch für das breite bürgerliche Lager attraktiv werden sollte. Angesichts des Umstandes, dass das bürgerliche Lager parteipolitisch vor allem durch die Unionsparteien repräsentiert und sich programmatisch vor allem der Christlichen Demokratie verbunden fühlte, musste die Sozialdemokratie zwangsläufig die Vertreter der christlichen Sozialethik zu Rate ziehen. Da die christliche Sozialethik einschließlich der Moraltheologie die wichtigste theoretische Plattform der christlich-demokratischen und -sozialen Programmatik war, mussten sie deren wichtigste Repräsentanten als Ratgeber gewinnen.

Zum wichtigsten Kontaktmann in diesen Fragen wurde seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre der Jesuit Oswald von Nell-Breuning. Denn sein Verständnis von christlicher Sozialethik war – ähnlich wie das der Walberberger Dominikaner Welty und Siemer – in besonderer Weise der Sozialen Frage und den Interessen der Arbeiterschaft und der lohnabhängigen Bevölkerung gegenüber sehr aufgeschlossen; und wie Welty und Siemer war er auch parteiprogrammatisch erfahren und versiert.²¹

Nell-Breuning hat sich Zeit seines Lebens Gedanken darüber gemacht, warum das Christentum, das doch von seinem göttlichen Ursprung und seinen religiös-sittlichen Grundlagen her das Miteinander von Mensch, Familie, Gemeinschaft und gesellschaftlichen Gruppen nicht nur erträglich machen, sondern in gediegene Bahnen und Strukturen lenken will, so oft zu Hader, Missgunst und zu Disharmonien führte, also zum Gegenteil von dem, was Religion und Christentum mit ihren zentralen Inhalten und Geboten beanspruchen.²²

Natürlich gibt es hierauf viele Antworten, auch viele theologische. Ein wunder Punkt aber war für Nell-Breuning doch der Umstand, dass es mit Karl Marx ein Atheist so eindringlich auf das soziale Elend der Arbeiterschaft hingewiesen hat und mit Nachdruck Abhilfe forderte, und zwar in gewisser Hinsicht entschiedener als die Kirche.

Nun wusste natürlich der katholische Sozialethiker selbst zu gut, dass einzelne Katholiken wie etwa Franz von Baader, Franz Josef von Buß und Peter Franz Reichensperger schon vor Marx Abhilfe in der sozialen und Arbeiterfrage forderten. Doch erreichten diese Konzepte längst nicht die Wirkung eines

21 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Zur Programmatik politischer Parteien*, Köln 1946.

22 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Christ in der interessenpluralistischen Gesellschaft*, in: Bodo B. GEMPER (Hg.), *Religion und Verantwortung als Elemente gesellschaftlicher Ordnung. Für Karl Klein zum 70. Geburtstag*, Siegen 1982, S. 3–19.

Karl Marx. Der Sozialismus, d.h. staatlich-interventionistische Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft, sind keine Erfindung von Marx oder von Marxisten. Vielmehr findet Marx den Sozialismus schon vor. Die frühen sozialprogrammatischen Konzepte von katholischen Geistlichen und Laien im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts waren nicht nur religiös motiviert, sondern firmierten häufig auch als *christlicher Sozialismus*. Der Sozialismusbegriff der Frühzeit war noch nicht anrühig und auch noch nicht unbedingt atheistisch oder materialistisch gefärbt; vielmehr besagte Sozialismus eine Auffassung, die – gegen die individualistisch-mechanistische Theorie gerichtet – die sozialen Belange von Mensch, Gemeinschaft und Gesellschaft ganz besonders in Betracht zog. Man wollte damit „die soziale Gesinnung und soziale Haltung“ ausdrücken, zu der der Glaube den Christen, der das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe zum Hauptgebot hatte, verpflichtet.²³

Der Sozialismusbegriff vor Karl Marx

So hat bereits Marx zusammen mit Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest von 1848 diese Haltung als „pfäffischen“ und „feudalistischen Sozialismus“ persifliert. In dem berühmt-berüchtigten Dokument heißt es mit ironischem Unterton: „Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Ärger des Aristokraten einsegnet.“²⁴ Da das christliche Konzept des Sozialismus aber nicht weiter aufgegriffen und vertieft worden ist, so kommentiert Nell-Breuning, war „die beispiellos zügig erwiesene Wortmarke ‚Sozialismus‘ für uns verloren“.

Drei Dinge sind bemerkenswert:

1. Der Sozialismus existiert schon vor Marx; aber durch Marx und Engels wird er erst zu einem umfänglichen, radikalisierten Programm, so dass alle Versuche, den Sozialismus später zu domestizieren, einzubetten und ihn mit anderen Attributen zu versehen, nie ganz aus dem Schatten des radikaleren marxistischen Sozialismus herauszutreten vermögen. Das hat gesellschaftlich-politische und parteipolitische Konsequenzen, die bis in unsere Zeit reichen. Und das gilt selbst für den sogenannten christlichen Sozialismus, der im Umfeld der katholischen Soziallehre nach 1919 und noch einmal nach 1945 – und hier auch unter CDU-Gründern – Anhänger findet, so etwa in Köln, Berlin und Frankfurt. In Frankfurt führend ist die Gruppe um die Herausgeber der „Frankfurter Hefte“ mit Walter Dirks und Eugen

23 Vgl. UERTZ, *Christentum und Sozialismus* (wie Anm. 19), S. 112ff. – Freilich wussten schon die Moraltheologen des 19. Jahrhunderts, dass die biblischen Gebote der Nächstenliebe nicht unmittelbar in politische Ordnung und Gesetzgebung umgegossen werden können, sondern vielmehr einer differenzierten Vermittlung bedürfen.

24 Karl MARX/Friedrich ENGELS, *Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus* (Reclam Universal-Bibliothek Nr. 8323), Stuttgart 1969, III. 1.a.

Kogon,²⁵ die sich bald von der CDU ab- und der SPD zuwenden, wobei sie um eine Annäherung von Christentum und Sozialdemokratie bemüht sind. Nell-Breuning hat den Begriff christlicher Sozialismus nie verwendet und auch Programme mit zentralistisch-gemeinwirtschaftlichem Anspruch stets abgelehnt.²⁶

2. Nell-Breuning lag hinsichtlich der ordnungspolitischen Intentionen ganz auf der Linie der Enzyklika *Rerum novarum* (Über die Arbeiterfrage) Leos XIII. von 1891. Es ist das Jahr, in dem die deutsche Sozialdemokratie – nach dem Auslaufen der von Bismarck im Reichstag durchgesetzten Antisozialistengesetze – die marxistische Geschichtsschreibung in ihr neues, das Erfurter Programm aufnahm. In diesem Jahr bezieht die katholische Kirche zum ersten Mal prinzipiell zur Sozialen Frage Stellung. Gemäß *Rerum novarum* bedeutet dies: unbedingte Anerkennung der Privateigentumsordnung; hinzu kommt jedoch die Forderung bzw. die Erkenntnis, dass die Soziale Frage nur gelöst werden könne, wenn neben die kirchliche Initiative die Initiative der Betroffenen selbst (d. h. Arbeiter und Unternehmer) und künftig auch der Staat mit regulierenden Maßnahmen treten werde.
3. Was der Jesuit jedoch kritisch vermerkt ist der Umstand, dass diese Enzyklika von 1891 „zu spät kommt“, d. h., dass Kirche und Klerus zu lange auf Caritas, Selbsthilfe und seelsorgliche Maßnahmen setzten und zu spät die Dimension der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Umbrüche erkannten, obwohl Wilhelm von Ketteler schon wenige Monate nach dem *Kommunistischen Manifest* im Dezember 1848 erklärt hatte: „Wollen wir also die Zeit erkennen, so müssen wir *die soziale Frage* zu ergründen suchen. Wer sie begreift, der erkennt die Gegenwart; wer sie nicht begreift, dem ist Gegenwart und Zukunft ein Rätsel.“²⁷ Noch in den frühen 1970er Jahren kritisiert Nell-Breuning auf der Würzburger Synode der Deutschen Katholiken es als „fortwirkenden Skandal“, dass die Kirche durch ihre zu verhaltenen Reaktionen im 19. Jahrhundert die Arbeiterschaft verloren ha-

25 Vgl. UERTZ, *Christentum und Sozialismus* (wie Anm. 19), S. 63ff.; DERS., Art. *Christlicher Sozialismus*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, hg. von Winfried BECKER u. a., Paderborn 2002, S. 477f.; Bernd UHL, *Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947*, Mainz 1975; zur Kontroverse zwischen Walter Dirks und der Gruppe um das Neue Abendland vgl. Rudolf UERTZ, *Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)*, in: HPM 8 (2001), S. 45–71.

26 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Christlicher Sozialismus?*, in: *Begegnung* 2 (1947), S. 145–149.

27 Wilhelm Emmanuel von KETTELER, *Die großen sozialen Fragen der Gegenwart* (Predigt vom 3. Dezember 1848), in: *Wilhelm Emmanuel von Kettelers Schriften*, II. Bd.: *Staatspolitische und vaterländische Schriften*, hg. von Johannes MUMMBAUER, Kempten 1911, S. 226–250, hier S. 229.

be.²⁸ Was er dabei als besondere Schwäche der katholisch-sozialen Bewegung annimmt, ist insbesondere der Integralismus vieler Bischöfe und des Klerus (Klerikalismus). Der Integralismus, eine konservative Richtung innerhalb des Katholizismus, den man in punkto Sozial- und Gesellschaftspolitik auch als die Berlin-Breslauer-Richtung bezeichnete, wollte die christlichen Gewerkschaften und die Zentrumspartei römisch-kurialer Vormundschaft unterstellen. In diesem kirchlichen Ansinnen, das Nell-Breuning zumindest stellenweise auch nach 1945 aufflackern sieht, erkennt der Jesuit den größten Schaden für die christliche Sozialbewegung und Arbeiterschaft. Er selbst steht entschieden auf der Seite des liberalen politisch-sozialen Katholizismus, der sogenannten Köln-Mönchengladbacher Richtung.²⁹

Zweifellos zählt auch für Nell-Breuning das erste päpstliche Rundschreiben zur Sozialen Frage, die Enzyklika *Rerum novarum* (1891), zu den bedeutendsten gesellschaftspolitischen Reformkonzepten, weil hier von umstürzenden Eingriffen in die Eigentums- und Sozialordnung abgesehen wird, die Reform vielmehr schrittweise betrieben wird, ohne das eigentliche Ziel christlich-sozialen Engagements, die Verbesserung der Produktions- und Lebensverhältnisse aus den Augen zu verlieren. Das hat auch Johannes Paul II. in seiner Sozialenzyklika *Centesimus annus* 1991 zum hundertsten Jahrestag von *Rerum novarum* – nicht zuletzt auch im Hinblick auf den vom Kommunismus erzwungenen Umweg der Zentralverwaltungswirtschaft Mitteleuropas – noch einmal eindringlich betont.³⁰ Für den wirtschaftswissenschaftlich geschulten Sozialethiker war nie fragwürdig, dass eine erfolgreiche Arbeits- und Sozialpolitik nur in einer produktiven Wirtschaft möglich ist. Der zentrale Programmsatz von *Rerum novarum* heißt: „So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen.“ Diesen Grundsatz setzt die katholische Soziallehre jeglicher Form von Klassenkampf entgegen. Das Konzept der katholischen Soziallehre hat natürlich auf der anderen Seite bei marxistischen Sozialisten und Sozialdemokraten, die sich Ende des 19. Jahrhunderts programmatisch von Ferdinand Lassalle und den gemäßigten sozialdemokratischen Reformern abwandten und marxistischen Konzepten zuwandten, kaum verfangen.

28 Oswald von NELL-BREUNING, *Auseinandersetzung mit Marx und seiner Lehre. Anmerkungen zu einer Kontroverse um das Synodendokument „Kirche und Arbeiterschaft“*, in: *Stimmen der Zeit* 194 (1976), S. 173–182.

29 Oswald von NELL-BREUNING, *Integralismus*, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 5, hg. von Josef HÖFER/Karl RAHNER, Freiburg 1970, Sp. 717f.; DERS., *Der deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende*, in: *Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag*, hg. von Peter von OERTZEN, Frankfurt/M. 1967, S. 19–32.

30 Vgl. „*Centesimus annus*“ (1991), Nr. 12, in: *Enzyklika „Centesimus annus“ vom 1. Mai 1991* (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 101), Bonn 1991, S. 16ff.

Was Nell-Breuning allerdings außer den genannten Punkten an der christlich-sozialen Bewegung nach *Rerum novarum* entschieden kritisiert, ist deren konfessionalistische Verengung auf die katholische Arbeiterschaft und ihre Gängelung durch den Klerus und die Amtskirche. Die entschiedene Ablehnung interkonfessioneller christlicher Gewerkschaften durch konservative kurialistische Kreise, die eine konsequente und starke sozial- und arbeitspolitische Interessenvertretung empfindlich behindern, sieht Nell-Breuning auch als einen der Hauptgründe dafür, dass große Teile der Arbeiterschaft der Kirche den Rücken zukehrten und sich den sozialistischen Gewerkschaften und der SPD zuwandten.

Solidarität und Subsidiarität: Nell-Breunings Engagement für die Arbeiterschaft

Nell-Breunings Engagement für die Interessen der Arbeiterschaft ist nicht vordergründig, es ist auch nicht einseitig seelsorglich bestimmt, sondern vielmehr richtet es sich auf die umfängliche Lösung der Sozialen Frage und der Nöte der Arbeiterschaft. Für den Theologen und Sozialwissenschaftler bedeutet dies vor allem ein engagiertes und diszipliniertes ordnungspolitisch-konzeptionelles Arbeiten.³¹

Mit seiner Mischung aus normativ-sittlichen Ideen und wissenschaftlich-methodischem Denken ist der Jesuit der geeignete Inaugurator für die zweite große Sozialzyklika der katholischen Kirche, das Rundschreiben *Quadragesimo anno* (Über die Gesellschaftliche Ordnung) Pius' XI. von 1931.³² Das Dokument, dem auch Wirtschaftswissenschaftler ordnungspolitisches Verständnis nicht versagen sollten,³³ verbindet die grundsätzliche Option für die

31 Nell-Breuning hat das Fach Volkswirtschaft nicht förmlich belegt, dieses Studium jedoch – u. a. im Rahmen seiner Dissertation bei Joseph Mausbach an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster – systematisch betrieben; vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Grundzüge der Börsenmoral* (Reprint der Ausgabe von 1928), mit einem Vorwort von Friedhelm Hengsbach/Berhard Emunds, 2. Aufl., Münster 2002; DERS., *Kapitalismus kritisch betrachtet. Zur Auseinandersetzung um das bessere „System“*, Freiburg i.Br. 1974. Vgl. auch Michael SCHNEIDER, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982, S. 530ff., 563ff.

32 In der Enzyklika „Quadragesimo anno“ Papst Pius' XI. (1931), Nr. 78f., ist das ‚Subsidiaritätsprinzip‘ formuliert, das bezüglich seines sozialphilosophischen Gehalts auf Nell-Breunings Ordensbruder, Gustav Gundlach, zurückgeht, während Nell-Breuning die ordnungspolitischen Ideen beisteuerte; vgl. *Texte zur katholischen Soziallehre* (wie Anm. 14), S. 91–152, ferner den Kommentar von Oswald von NELL-BREUNING, *Die soziale Enzyklika. Erläuterungen Papst Pius XI. zum Weltrundschreiben über die gesellschaftliche Ordnung* (1. Aufl. 1932), 2. Aufl., Köln 1951.

33 Vgl. K. Paul HENSEL, *Ordnungspolitische Betrachtungen zur katholischen Soziallehre*, in: *Ordo* 2 (1949), S. 229–269; Manfred HÄTTICH, *Wirtschaftsordnung und katholische Soziallehre*, Stuttgart 1957.

Wettbewerbsordnung mit sozialpolitischen und gesellschaftlichen Grundsätzen. Im Zentrum des Rundschreibens steht das von Nell-Breuning und Gustav Gundlach gemeinsam formulierte Subsidiaritätsprinzip, mit dem sich die katholische Soziallehre größte Verdienste erworben hat.³⁴ Nell-Breuning widerspricht jedoch der These, dass es sich beim Subsidiaritätsprinzip um einen „katholischen“ Grundsatz handelt und verweist darauf, dass Prinzipien nun einmal universal gültig sind und dass etwa der amerikanische Präsident, Abraham Lincoln, im Jahre 1854 in der Sache bereits diesen Grundsatz kennt. Selbst Karl Marx sei dieses Prinzip nicht ganz fremd, wenn nach ihm der Sozialismus „das Selbstgefühl der Menschen, die Freiheit, wieder erwecken, da nur dieses Gefühl das mit den Griechen aus der Welt verschwunden und mit dem Christentum in den Himmel verpflanzt worden ist, in der Lage ist, das Gemeinschaftsleben wieder in eine Lebensgemeinschaft zu verwandeln, die auf höchste Ziele gerichtet ist, den demokratischen Staat“. „Gewiß“, so fügt der Jesuit allerdings hinzu, „ist der unter seinem Namen gehende Sozialismus ganz andere, ja geradezu entgegengesetzte Wege gewandelt ...“³⁵

Freilich, die große Stunde der katholischen Soziallehre schlug erst nach 1945. Nell-Breuning engagierte sich schon früh für die Einheitsgewerkschaft, eine konsequente Haltung, erst recht, wenn man seine Kritik am Verhalten der katholischen Kirche, d. h. insbesondere an ihrer Haltung zu interkonfessionellen Gewerkschaften und Parteien bedenkt.

Nell-Breuning als politischer Berater

Der Sozialethiker wird zu einem begehrten Berater für die verschiedensten politischen Richtungen, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften, Vertreter der Union (hier vor allem die Sozialausschüsse,

34 Gundlach und Nell-Breuning als Verfasser des Entwurfs der Enzyklika sahen ihre ordnungspolitische Aufgabe darin, die im Gefolge der Französischen Revolution zerschlagenen „intermediären Gebilde“, d. h. die vielfältigen Sozialstrukturen, die zwischen Einzelmensch und Staat existierten, durch eine den modernen Gesellschaftsverhältnissen gemäße subsidiäre Ordnung zu restituieren. Das Subsidiaritätsprinzip wird meist nur gemäß Ziffer 79 zitiert. Zum angesprochenen historisch-sozialen Hintergrund heißt es in Ziffer 78: „... In Auswirkung des individualistischen Geistes ist es so weit gekommen, daß das einst blühend und reichgegliedert in einer Fülle verschiedenartiger Vergemeinschaftungen entfaltete menschliche Gesellschaftsleben derart zerschlagen und nahezu ertötet wurde, bis schließlich fast nur noch die Einzelmenschen und der Staat übrigblieben – zum nicht geringsten Schaden für den Staat selber ..., der sich mit all den Aufgaben belud, welche die von ihm verdrängten Vergemeinschaftungen nun nicht mehr zu leisten vermochten ...“. In: *Texte zur katholischen Soziallehre* (wie Anm. 14), S. 120.

35 Oswald von NELL-BREUNING, *Baugesetze der Gesellschaft. Gegenseitige Verantwortung – hilfreicher Beistand*, Freiburg i.Br. 1968, S. 88f., verweist darauf, dass auch im Godesberger Programm der SPD (vorletzter Absatz des Kapitels ‚Wirtschafts- und Sozialordnung‘) das Subsidiaritätsprinzip deutlich erkennbar zum Tragen komme.

darunter Norbert Blüm u. a.) und katholische Verbände. Er wird Mitglied des Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums (1948–1965) sowie ab 1950 des Wohnungswirtschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Städtebau und Wohnungswirtschaft. Seit 1959 ist er auch Mitarbeiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften. Außerdem unterrichtet er als Honorarprofessor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt am Main und als Dozent an der Akademie der Arbeit. Er versteht sein sozialetisch-religiöses Engagement keineswegs nur im Hinblick auf christliche bzw. christlich-demokratische Parteien, sondern selbstverständlich auch im Hinblick auf die Sozialdemokratie und andere demokratische Parteien.

Ein besonderes Augenmerk fällt auf die Haltung des Jesuiten zur SPD. Diese Haltung ist ähnlich ambivalent wie seine Einstellung zur sozialistischen Arbeiterbewegung: Er schätzt deren sozialen und gesellschaftlichen Impetus, aber er kritisiert – trotz des Bekenntnisses führender Sozialdemokraten, wie etwa das von Kurt Schumacher u. a. zum Christentum – die doch starke anti-religiöse Haltung der SPD-Programmatik und deren unklaren Trennungslinien zu sozialistisch-staatswirtschaftlichen Konzepten.

Genau in diesen Punkten sollte Nell-Breuning zu einem wichtigen Rat- und Impulsgeber für die deutsche Sozialdemokratie und ihre Neuorientierung werden. Kritikpunkte an der antireligiösen und antikirchlichen Haltung kamen auch aus den Reihen der SPD selbst, insbesondere nach 1957, als die Unionsparteien mit dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft und Adenauers Konzept der Westbindung einen grandiosen Wahlerfolg erreichten. Die offizielle Um- und Neuorientierung der SPD Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre sollte und konnte sich nicht nur auf einzelne politische sowie wirtschafts- und kulturpolitische Felder beziehen, sondern sie musste vielmehr einen tiefgründigen Erneuerungsprozess bedeuten, der selbstredend auch das Verhältnis des demokratischen Sozialismus zum Christentum, zur Kirche, insbesondere zur Katholischen Kirche, zur Kultur und zur politischen und sozialen Ethik betreffen. Dieser Prozess vollzog sich in verschiedenen Stufen.

Die Tagung „Christentum und demokratischer Sozialismus“ 1958 in München

Ein markanter Schritt zur Annäherung beider Seiten war die Münchener Tagung „Christentum und demokratischer Sozialismus“ vom 10. bis 12. Januar 1958 in der Katholischen Akademie in Bayern. Anders als bei früheren Treffen handelte es sich hier um eine öffentliche Tagung, die einem Tabubruch gleichkam und schon bei ihrer Ankündigung für große Resonanz sorgte. In München diskutierten führende Sozialdemokraten, unter ihnen Adolf Arndt, Willi Eichler, Carlo Schmid, Waldemar von Knoeringen, Gerhard Weisser u. a. mit den führenden katholischen Sozialethikern, Oswald von Nell-Breuning und seinem

Ordensbruder Gustav Gundlach.³⁶ Dass mit den beiden Jesuiten prominente katholische Theologen und mit dem letzteren sogar der Sozialberater Papst Pius' XII. nach München gekommen waren, sorgte für zusätzlichen Sprengstoff – insbesondere im Lager der Unionsparteien.³⁷

Hans-Jochen Vogel, berichtet von dieser berühmt gewordenen Tagung, die am Anfang einer politiktheoretisch-programmatischen Um- und Neuorientierung der SPD steht und einer Vielzahl weiterer Gespräche den Weg ebnete: „Nach einer knappen und präzisen Darstellung der Zentralbegriffe und Grundsätze der katholischen Soziallehre“ sprach Oswald von Nell-Breuning „über den Weg zur Verwirklichung, der nicht über die Vergewaltigung, sondern ‚nur über die Überzeugung‘ führe. Grundsätze müssen ‚glaubhaft‘ gemacht werden, und dazu ‚trägt nichts so sehr bei wie die eigene Glaubwürdigkeit dessen, der einen Grundsatz zu haben nicht nur vorgibt, sondern ihn wirklich hat und in seinem Handeln danach verfährt‘. Dann erst könne man gemeinsam ‚daran arbeiten, Lösungen zu finden, die diesen Grundsätzen gerecht werden‘.“³⁸

Damit hat von Nell-Breuning eine Grundregel für den aus Grundsätzen abgeleiteten Beitrag der Kirche zu den Gestaltungsprozessen in Gesellschaft und Politik aufgestellt und den „Weg gewiesen, auf dem immer wieder Menschen unterschiedlicher Grundsätze und Überzeugungen zu gemeinsamer Arbeit für eine menschenwürdige Zukunft zusammengefunden haben“.

Die Zusammenkunft führender Sozialdemokraten und katholischer Sozialethiker hat in der CDU und CSU erhebliche Verunsicherungen hervorgerufen. Diese Tagung, so mutmaßte man, könnte helfen, das Eis zu brechen, das bis dahin zwischen katholischer Kirche und der Sozialdemokratie bestand und den Monopolanspruch der Union als christliche Weltanschauungspartei gefährden. Solche Gesprächskreise von führenden katholischen Theologen mit SPD-Politikern würden ein neues Kapitel im Verhältnis von Kirche und Sozialdemokratie eröffnen, und die letzteren würden für die katholische Wählerschaft

36 Das Thema „Politik aus christlicher Staatsauffassung“ referierte – von Adenauer dafür kritisiert – der CDU-Politiker und Verfassungsrechtler Adolf Susterhenn; vgl. ARNDT u. a. (wie Anm. 11), S. 67–101; vgl. zur Tagung die von Willi Eichler und Waldemar von Knoeringen besorgte Schrift *Der Katholik und die SPD*, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1959. Kritisch hierzu der Jesuit Herbert REICHEL, *Katholik und SPD-Sozialismus*, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 7 (1960), S. 59–72; vgl. auch die Stellungnahme von Oswald von Nell-Breuning in „Echo der Zeit“ vom 14. Februar 1960.

37 Die Münchener Tagung, an die sich zwei Jahre später auch eine Konferenz mit Vertretern der FDP anschloss – vgl. Karl FORSTER (Hg.), *Christentum und Liberalismus* (Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern 13), München 1960 –, sorgte innerhalb der Unionsparteien für beträchtliche Irritationen. Der Bundesvorstand der CDU befasste sich am 17. Januar 1958 eingehend mit der Münchener Tagung; vgl. Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, Düsseldorf 1994, S. 73–85.

38 Vgl. auch Hans-Jochen VOGEL, *Brückenbauer der Gesellschaft*, in: KLEIN (wie Anm. 3) S. 94–96, hier S. 96.

„hoffähig“ werden. Mutmaßungen dieser Art waren von CDU-Politikern schon anlässlich der Gespräche zwischen den Walberberger Dominikanern und Sozialdemokraten 1945/46 geäußert worden, doch damals trafen diese Befürchtungen noch nicht zu.

Was Konrad Adenauer bei der Münchener Tagung 1958 argwöhnisch betrachtete war der Umstand, dass unter dem Dach einer kirchlichen Einrichtung namhafte katholische Geistliche mit bekannten Vertretern der Sozialdemokratie in aller Öffentlichkeit ausloteten, welche theoretischen und programmatischen Hindernisse zwischen Katholischer Soziallehre und Demokratischem Sozialismus bestehen und wie die Verständigungsmöglichkeiten zwischen beiden Gruppen verbessert werden könnten. Adenauer vermutete, dass diese Tagung ein neues Verhältnis von Katholiken und Sozialdemokraten einleiten würde. Tatsächlich sollten die weitere kirchliche und politische Entwicklung diese Vermutung bestätigen. Bemerkenswert ist, dass Adenauer, wiewohl er selbst politisch-programmatisch die christliche Ethik und ihren Kerngedanken, die Verantwortung des Christen in der Politik, im liberalen Sinne interpretierte und entschieden die Autonomie der kulturellen Sachbereiche gegenüber kirchlich-theologischen Einsprüchen verteidigte,³⁹ im vorliegenden Fall ein ganz und gar konservatives Kirchen- und Amtsverständnis erkennen ließ: Er kritisierte die Münchener Tagung vorwiegend als eine Überschreitung der Kompetenzen des verantwortlichen Geistlichen, nämlich des jungen Akademiedirektors Karl Forster, gegen dessen vermeintlich eigenwilliges Handeln er bei den zuständigen Bischöfen Protest einlegen wollte, um künftig Zusammenkünfte dieser Art zu unterbinden. Gegenüber Adenauers Kritik betonte Eugen Gerstenmaier in der Vorstandssitzung der Bundes-CDU kurz nach der Münchener Tagung, dass es – vom theologischen Standpunkt her gesehen – der pastorale und missionarische Auftrag der Kirche gebiete, Gespräche dieser Art zu respektieren. Doch war auch dem Theologen und Politiker Gerstenmaier klar, dass diese Tagung Ausdruck eines religiös-gesellschaftlichen Gärungsprozesses ist, der das herkömmliche konfessionelle und parteipolitische Milieu aufzubrechen drohte.⁴⁰

39 Vgl. Rudolf UERTZ, *Von den Gründungsaufrufen zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994. Zur Programmggeschichte der CDU*, in: Günter BUCHSTAB (Hg.), *Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU*, Freiburg i.Br. 2005, S. 94–138, hier S. 99ff.

40 BUCHSTAB, *Adenauer: „...um den Frieden zu gewinnen.“* (wie Anm. 37), S. 73ff. Gerstenmaier befürchtete, dass die Säkularisierungstendenzen mittel- und langfristig der SPD und nicht der CDU zugute kämen, wenn er annahm, „daß sich (nicht) die SPD zu einer christlichen Partei entwickelt“, sondern daß vielmehr „die CDU ihre Position, die einzige christliche Weltanschauungspartei in Deutschland zu sein, ... untergräbt und verliert“. Gerstenmaier sah diese Gefahr für die CDU in erster Linie „durch Säkularisierungstendenzen in ihren eigenen Reihen“ (EBD. S. 84).

Der Bad Godesberger Reformparteitag der SPD 1959

Das Protokoll des Godesberger Parteitags ist auch heute noch eine interessante, kurzweilige Lektüre.⁴¹ Es zeigt anschaulich, wie die Sozialdemokraten um eine Neuorientierung ihrer Programmatik und ihres politiktheoretischen Grundverständnisses angesichts politischer Veränderungen rangen. Diese Neuorientierung betraf nicht nur die Bereiche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Innenpolitik, Internationale Politik und Landesverteidigung, sondern auch die Kulturpolitik und das problematische Kapitel Religion und Kirche.⁴² Und ein Jahr später sollte im Zuge des Godesberger Programms auch die Westbindung der SPD eingeleitet werden. Die Um- und Neuorientierung des Demokratischen Sozialismus hatte schon im Aktionsprogramm der SPD von 1954 ihren Niederschlag gefunden. Dort wurde der Vorläufer, das weitgehend noch von Kurt Schumacher stammende Aktionsprogramm von 1952, um eine Präambel erweitert, die wesentlich stärker als bisher die „weltanschauliche Offenheit der Sozialdemokratie in der Begründung des Sozialismus und das Selbstverständnis der SPD (bekundet), aus einer Arbeiterpartei zur einer ‚Partei des Volkes‘ geworden zu sein“.⁴³

Dieser Wandel von einer sozialistischen Milieu- zu einer Volkspartei wird im Aktionsprogramm von 1954 unspektakulär beschrieben. In der Präambel heißt es: „Die sozialistischen Ideen sind keine Ersatzreligion. Die sozialistische Bewegung stellt sich nicht die Aufgaben einer Religionsgemeinschaft. In Europa sind Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes. Die Sozialdemokratie begrüßt die wachsende Erkenntnis vieler Christen, dass das Evangelium eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft einschließt.“⁴⁴

41 Zu den Debattenrednern des Reformparteitags der SPD in Bad Godesberg im November 1959 gehörte auch Helmut Schmidt, Berichterstatter des Programmteils Einkommens- und Vermögensverteilung. Schmidt bemerkt in seinem Redebeitrag, dass sich dieser Teil auch auf Ideen von Personen bezieht, die nicht zur SPD gehören, wobei er ausdrücklich Nell-Breuning nennt, den in einer anderen Debatte des Parteitags auch Heinz Ruhnau (Hamburg) als gesellschaftspolitische Autorität würdigt (vgl. *Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der SPD vom 13.–15. November 1959*, hg. vom Vorstand der SPD, S. 89, 228).

42 Vgl. die Diskussionen des Programmparteitags, EBD. S. 265–280.

43 MILLER/POTTHOFF (wie Anm. 16), S. 203; zum Grundsatzprogramm der SPD 1959 vgl. Kurt KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965*, Berlin 1982, S. 433–454.

44 *Aktionsprogramm der SPD vom September 1952*, in: *Jahrbuch der SPD 1952/53*, hg. vom Vorstand der SPD, Bielefeld (1953), S. 261–281, erweitert auf dem Berliner Parteitag vom Juli 1954, zit. nach MILLER/POTTHOFF (wie Anm. 16), S. 393; vgl. den Bericht von Willi Eichler, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 20.–24. Juli 1954 in Berlin*, hg. vom Vorstand der SPD, S. 315–322.

Diese Passage lässt – noch deutlicher als die Präambel des Grundsatzprogramms 1959⁴⁵ – die Abwendung von historischen Materialismus als einer ersatz- oder pseudoreligiösen Theorie hin zur Akzeptanz auch religiöser und christlicher Theorien erkennen, indem „christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie“ künftig als gleichberechtigte Zugangsweisen zum demokratischen Sozialismus und als Basis sozialdemokratischen Selbstverständnisses gewichtet werden. Bemerkenswert ist im Grundsatzprogramm ferner der „Verzicht auf jede weltanschauliche oder theoriengeschichtliche Festlegung“. Das Programm nennt als Zugänge zur sozialdemokratischen Politik die drei Grundwerte „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“, die unterschiedlich, d. h. religiös oder philosophisch begründet werden können. Helmut Schmidt, der zusammen mit Willy Brandt, Fritz Erler und Herbert Wehner⁴⁶ zu den Reformern der Partei gehörte, hätte ein Aktionsprogramm einem Grundsatzprogramm vorgezogen.⁴⁷

Mit ihrer programmatischen Wende hat es die SPD möglich gemacht, dass sich ihr verstärkt auch christlich orientierte Bürger zuwenden konnten und die Partei in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre vermehrt auch von Katholiken und anderen religiös gebunden Kreisen gewählt werden konnte – Kreise, denen bis dahin durch verschiedene Barrieren der Weg zur Sozialdemokratie versperrt war. Diese Barrieren wegzuräumen war das ausdrückliche Ziel der Gespräche der Sozialdemokraten mit den Sozialethikern. Aber der Umstand, dass die Debatten zwangsläufig auch einen Werbecharakter annehmen mussten, kann nicht darüber hinwegsehen lassen, welche Argumentationskraft und welch tiefes Verständnis beide Seiten füreinander aufzubringen vermochten. Die Diskussionen in der Katholischen Akademie zeigen ein hohes wissenschaftliches Niveau. Aufschlussreich ist der Umstand, dass sich die Diskussion zu großen Teilen mit Naturrechtsfragen und der Frage überpositiver Normen und Leitbilder im politischen Gemeinwesen drehte. So konnte es sich Nell-

45 Im Godesberger Programm heißt es in der Präambel: „Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“ Die Absage an den Sozialismus als „Religionsersatz“ gemäß dem *Aktionsprogramm der SPD von 1954* (vgl. Anm. 44) wurde im Grundsatzprogramm 1959 in den Abschnitt ‚Religion und Kirche‘ platziert.

46 Vgl. Herbert WEHNER, *Christentum und Demokratischer Sozialismus. Beiträge zu einer unbequemen Partnerschaft*, hg. von Rüdiger REITZ, Freiburg i.Br. 1985, S. 50–107, 184–239.

47 MILLER/POTTHOFF (wie Anm. 16), S. 204; zur Funktion von Parteiprogrammen vgl. Theo STAMMEN, *Systematische Einleitung*, in: Rainer KUNZ/Herbert MAIER/Theo STAMMEN, *Parteiprogramme der politischen Parteien in der Bundesrepublik*, München 1975, S. 25–33.

Breuning nicht verkneifen, den sozialdemokratischen Gesprächspartnern ein Lob für ihre kenntnisreichen Äußerungen zu machen. An Professor Schellenberg gewandt sagte er: „Ich möchte wünschen, dass unsere katholischen Politiker in katholischer Soziallehre so gut beschlagen wären wie Herr Dr. Arndt in evangelischer Theologie. Dann wären wir sehr weit.“⁴⁸

Weitere Gespräche zwischen Nell-Breuning und der SPD

Auch Oswald von Nell-Breuning hat an der theoretischen Neuorientierung der SPD Anteil, wenngleich seine Mitwirkung von den Parteihistorikern bisher kaum gewürdigt wurde. Der Jesuit führte nämlich mit dem Vorsitzenden der Grundsatz-Programmkommission, Willi Eichler, mehrere Gespräche.⁴⁹ In diesen ging es insbesondere um das Verhältnis von sozialdemokratischer Programmatik und christlicher Sozialethik. Offenbar hatten die Gespräche der Münchener Akademie, in denen schon um die unterschiedlichen Zugänge von Katholiken, Protestanten und nicht religiös orientierten Personen zu Politik, Recht, Staat, Gesellschaft und Kultur gerungen wurde, in modifizierter Weise eine Fortsetzung gefunden.⁵⁰ Zwar wollte Nell-Breuning keinen Anspruch auf Mitautorenschaft am Godesberger Programm erheben; doch sieht er in diesem Dokument so viel sozialphilosophische und -programmatische Substanz, dass er „im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre“ erkennt.⁵¹ Diese Würdigung impliziert selbstredend, dass – auf welchem Wege auch immer – in beträchtlichem Umfange sozialetische Substanz in das sozialdemokratische Manifest gelangt ist.

Die Gespräche zwischen katholischen Sozialethikern und Sozialdemokraten sind noch in einer weiteren Hinsicht bemerkenswert. Die Bereitschaft führender SPD-Politiker und Parteitheoretiker, sich auf die Argumentations- und Begründungsmuster der christlichen Sozialethik einzulassen, wirft zugleich einen Lichtblick auf die katholische Soziallehre jener Jahre. Wiewohl Nell-Breuning gelegentlich damit kokettierte, dass er sich durch den neuen Argumentationsstil der kirchenoffiziellen Lehre seit dem Pontifikat Johannes' XXIII. (1958–

48 ARNDT u. a. (wie Anm. 11), S. 314.

49 Wichtige programmtheoretische Arbeiten von Willi EICHLER sind *Weltanschauung und Politik. Reden u. Aufsätze* (hg. von Gerhard WEISSER), Frankfurt/M. 1967, und *Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus*, Bonn-Bad Godesberg 1972.

50 Gespräche des Verfassers mit Oswald von Nell-Breuning am 20. Juli 1976 in Frankfurt/M.-Sankt Georgen und 2. Dezember 1977 in München, Redaktion Stimmen der Zeit. – Nell-Breunings Bedeutung für die Programmatik der SPD ermisst sich u. a. auch daran, dass der Jesuitenpater von November 1968 bis Dezember 1970 Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ war (vgl. Heft 1/1971 den Brief Nell-Breunings an die Redaktion).

51 Oswald von NELL-BREUNING, *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, S. 95.

1963), näherhin die beiden Enzykliken *Mater et magistra* (1961) und *Pacem in terris* (1963), überrascht sah und sich zunächst noch habe daran gewöhnen müssen,⁵² so leistete er selbst einen wesentlichen Beitrag dazu, den bis weit in die 1950er Jahre verbreiteten neuscholastischen, deduktiven Begründungsstil aufzugeben und die Sozialethik stärker für personal- und verantwortungsethische Begründungen zu öffnen, d. h. das „ständige Weisungsrecht der Kirche“ einzudämmen und der theologisch-ethisch berechtigten „Autonomie des politischen Raums“ Rechnung zu tragen.⁵³

Es ist unverkennbar, dass die Programmtheoretiker der SPD, zumindest bei Nell-Breuning und den Diskussionspartnern der Münchener Tagung, diese Bereitschaft zur Öffnung spürten. So bemerkten die Sozialdemokraten zutreffend, dass katholische Soziallehre „kein ‚monolithischer Block‘, kein geschlossenes System sei, das der Katholik im Glaubensgehorsam anzunehmen“ habe. Auch wenn manche Bemühungen der sozialdemokratischen Theoretiker um Übereinstimmung mit christlich-sozialethischen Positionen etwas angestrengt wirkten, so bemerkten die SPD-Politiker zutreffend, dass die in Ansätzen bereits erkennbare Differenzierung und Öffnung der katholischen Sozialethik mittel- und langfristig das Verhältnis von Katholiken und Sozialdemokratie verbessern dürfte und die SPD künftig näher an den politischen Katholizismus heranzuführen würde, dessen Verbände und Repräsentanten bis dahin fast exklusiv an die Unionsparteien gebunden waren.

Der Katholik und die SPD nach ‚Godesberg‘

Wie ein Fanal wirkte denn die Enzyklika *Mater et magistra* Johannes' XXIII. von 1961, die die Sozialdemokratie in der Hoffnung bestärkte, dass sich die katholische Soziallehre von dem Anspruch löst, „so etwas wie eine Parteidoktrin ... mit ausgebildetem politischen Aktionsprogramm“ für die Unionsparteien zu sein.⁵⁴ Was Willi Eichler etwa, den führenden Theoretiker der SPD,

52 Oswald von NELL-BREUNING, *Soziallehre der Kirche. Erläuterungen der lehramtlichen Dokumente*, 3. Aufl., Wien 1983, S. 74.

53 Vgl. FORSTER, *Diskussion*, in: ARNDT u. a. (wie Anm. 11), S. 273, wo die „Autonomie des politischen Raumes“ angesprochen ist, die in der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute, *Gaudium et spes* (1965), für den Verantwortungsbereich des Christen herausgestellt wird (vgl. Nr. 36, 56 und 59 in *Gaudium et spes*, in: *Texte zur katholischen Soziallehre* [wie Anm. 14], S. 321–425, hier S. 352, 376, 379).

54 Vgl. Willi EICHLER, *Demokratischer Sozialismus und die Enzyklika ‚Mater et magistra‘*, Sonderdruck aus: Geist und Tat (Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur), März 1963; kritisch zur Rezeption der Enzyklika durch die Sozialdemokratie Herbert REICHEL, *Mater et Magistra kein SPD-Alibi. Zur neuen SPD-Schrift*, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 9 (1962), S. 141–167; zur SPD-Position vgl. auch Reiner BARZEL, *Mater et Magistra und praktische Politik*, Osnabrück 1962, S. 23ff.

in dieser Hoffnung bestärkte, waren nicht zuletzt die Diskussionsbeiträge von Nell-Breuning in der Katholischen Akademie in München.⁵⁵

Nell-Breuning unterhielt in der Folgezeit auch zu weiteren Vertretern der Sozialdemokratie, unter ihnen Helmut Schmidt, gute Kontakte. Dieser hatte sich mehrfach öffentlich zu politisch-philosophischen Fragestellungen geäußert – ein Engagement, das Nell-Breuning sehr schätzte und das er in dieser Weise bei den Christdemokraten vermisste. Ein politiktheoretisch bemerkenswerter Aufsatz von Schmidt ist dessen Vorwort zu der Edition „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“ aus dem Jahre 1975. Der Band vereint anspruchsvolle Artikel bekannter Sozialphilosophen und Politikwissenschaftler. Schon der Titel wie auch die Auswahl und die Beiträge der Autoren zeigen, dass dieser Band von einem Theorieverständnis geprägt ist, das von ideologischen und holistischen Konzepten, wie sie seinerzeit vor allem von Neomarxisten und Teilen der Frankfurter Schule verfochten wurden, weit entfernt ist. Auch Vertreter der CDU und ihrer Jugendorganisationen vertreten seinerzeit das von der Philosophie Kants beeinflusste Konzept des *Kritischen Rationalismus*,⁵⁶ das in Deutschland vor allem durch Karl Popper und Hans Albert bekannt wurde. Viele Vertreter der katholischen Soziallehre waren in den 1970er Jahren – nicht zuletzt infolge der Beschäftigung mit der Umorientierung der neuen päpstlichen und konziliaren Lehre – zu sehr mit sich selbst und ihrer Disziplin beschäftigt; viele jüngere Theologen und Sozialethiker hingegen hingen Modeströmungen wie der Politischen Theologie und der Theologie der Befreiung an – Richtungen, die einseitig die Motivation und Gesinnung ansprachen, dagegen die sozialetischen Dimensionen politischen Handelns an den Rand rückten.⁵⁷

Der Kritische Rationalismus war in den 1970er Jahren mit das wichtigste Gedankengebäude, das das Modell der offenen Gesellschaft und der marktwirtschaftlichen Ordnung gegen die radikalen Konzepte gesellschaftlicher Systemreformer verteidigte. Helmut Schmidt schreibt in seinem Vorwort: „Wir haben in der Gesellschaftspolitik eben keine abgegrenzten klaren experimentellen Situationen, wie es etwa bei Lichtbeugung durch die Masse der Sonne für die Bewährung der Einsteinschen Theorie der Fall war. ... Was uns bleibt, ist deshalb nur der Kampf der Argumente und die Vermutung, dass dort die besten Lösungen gefunden werden, wo sich die Argumente am freiesten bewegen können. Diese Freiheit müssen wir schützen, auch und gerade

55 *Der Katholik und die SPD* (wie Anm. 36), S. 18f.

56 Vgl. Warnfried DETTLING, *Der kritische Rationalismus und die Programmatik der CDU*, in: *Zur Programmatik der CDU*, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1974, S. 78ff.; Nikolaus LOBKOWICZ, *Pragmatismus und Programm. Die CDU und der kritische Rationalismus*, in: *Die Neue Ordnung* 39 (1985), S. 104–117.

57 Einflussreich war Johann B. METZ, *Zur Theologie der Welt*, Mainz 1968; vgl. dagegen Hans MAIER, *Kritik der politischen Theologie*, Einsiedeln 1970.

institutionell, damit sich die Freiheiten nicht selbst aufheben. Und unsere Hoffnung kann nur bleiben, daß die pluralistische Gesellschaft mit verfassungsrechtlichen und institutionellen Sicherungen für die Freiheit der Argumentation nicht nur die am wenigsten repressive Gesellschaftsform ist, sondern daß sie auch diejenige ist, in der sich letztlich die Vernunft am ehesten durchsetzt, weil Theorien und aus Erfahrung gewonnenes Wissen in ihr dem härtesten Test der Argumente ausgesetzt sind.“⁵⁸

Eine der „großen inneren Gefährdungen des Marxismus“ sieht Schmidt in dem „Bewußtsein, ‚wissenschaftlich‘ den unvermeidlichen Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung auf den Sozialismus hin vorherzusehen“. Aber politisches Handeln sei „keineswegs allein aus der Sittenlehre oder Ethik zu begründen. In seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ heißt es: „Die Frage nach den Folgen, die der politisch Handelnde sittlich zu verantworten hat, reißt allerdings das ganze Feld der Fragen nach den ethisch gerechtfertigten Zwecken, nach den zweckmäßigen Mitteln, nach den unvermeidlichen Nebenwirkungen und nach dem Zusammenhang von Zwecken, Nebenwirkungen und Mitteln auf ... Wer als Politiker ... entscheidet, muß sich bei der Kalkulation der erstrebten wie der abgelehnten Folgen zunächst der ... Analyse bedienen, um erst anschließend die damit klargestellten Ziele, Mittel und Nebenwirkungen ethisch bewerten und gegeneinander abwägen zu können.“⁵⁹

Deshalb müsse selbstverständlich „die Einheit von Theorie und Praxis“ gefordert werden. Und zwar erstens aus dem Grundsatz der Wahrhaftigkeit und zweitens aus dem Grundsatz der Rationalität des Handelns. Aber Theorien müssen nicht mehrheitsfähig sein. Eine solche Forderung sei ein Rückfall in den Dogmatismus früherer Epochen. Vielmehr bedürfe die gesellschaftliche und besonders die ökonomische Theorie „fortgesetzt der empirischen Überprüfung“.

Die Grundwertedebatte der 1970er Jahre und der Kritische Rationalismus

Bemerkenswert ist, wie Oswald von Nell-Breuning, obwohl er eine wesentlich andere Entwicklung und Herkunft aufzuweisen hatte, einer solchen Sichtweise ohne weiteres zustimmen konnte. Was dieses Verständnis begünstigte war zweifelsohne das neue personal- und verantwortungsethische Argumentieren der katholischen Sozialethik. Diese Neuorientierung der katholischen Staats-

58 Helmut SCHMIDT, *Vorwort*, in: *Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie*, hg. von Georg LÜHRS u. a., 2. Aufl., Berlin 1975, S. XIII.

59 Helmut SCHMIDT, *Verteidigung oder Vergeltung – ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Nato*, 5. Aufl., Stuttgart 1968, S. 200f.

und Soziallehre⁶⁰ eröffnete auch dem Jesuiten ein erheblich erweitertes philosophisch-theologisches und politisch-praktisches Betätigungsfeld.⁶¹ Zur Rolle der katholischen Sozialethik bemerkt er: „Erkenntniskritisch steht sie auf dem Boden des kritischen Realismus“. Das bedeutet: „Selbst wenn eine unserer politischen Parteien in betonter Abkehr von überholter ‚Hegelei‘ [sic!] sich dem kritischen Rationalismus im Sinn Poppers zuwenden oder doch nähern sollte, müßte dies keineswegs notwendig zu Schwierigkeiten führen. Die Kritik, die der kritische Rationalismus am Histori(z)ismus übt, wie auch sein Falsifikationstheorem, solange es seine eigenen Grenzen einhält, sind mit der katholischen Soziallehre durchaus vereinbar.“⁶²

Damit sind wir mitten in der Grundwertedebatte der 1970er Jahre. Aus diesem Kontext stammt das Zitat Nell-Breunings. Er hatte in diese Diskussion mit zwei Aufsätzen, die in den „Stimmen der Zeit“ abgedruckt wurden, eingegriffen und damit auch Helmut Schmidt animiert, seine Position zu verdeutlichen. Dieser war in der Katholischen Akademie Hamburg 1976 so verstanden worden, als ob die Verantwortung für die Grundwerte ausschließlich bei der Kirche läge und die Verantwortung des Staates auf die im Grundgesetz verbrieften Grundrechte zu beschränken sei.⁶³ Nell-Breuning griff in die komplizierten Diskussionen klärend ein. In seinem Aufsatz „Grundwerte, Gesellschaft und Staat“ differenziert der Jesuit die umstrittenen Punkte und trennt sie säuberlich nach Sprach- und Sinnverständnis. Der Sozialethiker unterscheidet also Grundwerte im philosophisch-weltanschaulichen Sinn und Grundwerte im Verständnis staatlich-administrativer Sichtweise. Der Grundwertebegriff wird insofern meist missverständlich gebraucht, als – auch in Fachdiskussionen – nicht genügend zwischen dem *Staat als Anstalt oder Veranstaltung* und dem *Staat als einer Verbandskörperschaft* (im Sinne des Gesellschaftlichen) unterschieden wird.⁶⁴

60 Vgl. zum Wandel im staatlich-politischen Denken des Katholizismus Rudolf UERTZ, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965)*, Paderborn 2005.

61 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Soziallehre der Kirche. Erläuterungen der lehramtlichen Dokumente*, Wien 1977, S. 74ff.; vgl. UERTZ: *Gerechtigkeit und Freiheit* (wie Anm. 7).

62 Oswald von NELL-BREUNING, *Der Staat und die Grundwerte* (zuerst in: *Stimmen der Zeit* 195 [1977], S. 378–388), in: DERS., *Soziale Sicherheit? Zu Grundfragen der Sozialordnung aus christlicher Verantwortung*, Freiburg i.Br., S. 137–149.

63 Vgl. Helmut SCHMIDT, *Ethos und Recht in Staat und Gesellschaft*, in: Günter GORSCHENEK (Hg.), *Grundwerte in Staat und Gesellschaft*, 3. Aufl., München 1978, S. 13–28; vgl. auch Helmut KOHL, *Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit*, in: EBD., S. 52–64.

64 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Grundwerte, Gesellschaft und Staat* (zuerst in: *Stimmen der Zeit* 196 [1978], S. 157–170), in: DERS., *Soziale Sicherheit?* (wie Anm. 62), S. 149–162, hier S. 155ff.

Helmut Schmidt hat Nell-Breuning für seine Klarstellungen gedankt. Mehrfach suchte er den Jesuiten in seinem Domizil in der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Frankfurt-Sankt Georgen zu Gesprächen auf. Er schätze die kritische Begleitung und den guten Rat, den Nell-Breuning seiner Arbeit „in manchen Einzelfragen angedeihen“ ließ.⁶⁵ In einer kleinen Festschrift, die 1989 dem Jesuiten zu Beginn seines 100. Lebensjahres dediziert wurde, blickt Helmut Schmidt zurück auf das große Lebenswerk des katholischen Sozialethikers, und er erinnert an die Leistungen des katholischen Sozialethikers und den quasirevolutionären Kern des christlich-sozialen Auftrags, den Nell-Breuning selbst einmal *an den Worten seines großen Antipoden Marx entlang* so formuliert hat:

„Wir haben über die Welt nicht geistreich zu philosophieren, sondern – und insoweit stimmt die Lehre Jesu Christi mit derjenigen von Karl Marx überein – sie herzlich anzupacken, sie zu verändern, gegebenenfalls sie umzukrempeln und vom Kopf auf die Füße zu stellen.“ Und Helmut Schmidt fügt hinzu: „Ich gestehe gern: ich habe von Oswald von Nell-Breuning manches gelernt.“⁶⁶

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen der katholischen Sozialethik und dem demokratischen Sozialismus sind bisher kaum aufgearbeitet. Zwar gab es in der katholischen Lehre mit ihrer starken Betonung des Solidaritätsgedankens als Leitmotiv und der sozialen Gebundenheit des Privateigentums in sozialpolitischer Hinsicht eine gewisse Nähe zur SPD, doch boten deren Orientierung am historischen Marxismus (gültig war bis 1959 das Erfurter Programm von 1891) und die entschiedene Absage an religiös-sozialethisch begründete Gesellschafts- und Politiktheorien keinen Spielraum für gewinnbringende Gespräche. Nicht zuletzt aufgrund ihrer religiösen Indifferenz und antibürgerlichen Ressentiments war die SPD für das Gros der Katholiken und das bürgerliche Lager wenig ansprechend. Die Entscheidung des Parteivorstands der SPD, nach der verlorenen Bundestagswahl 1957 die Programmatik der Partei grundsätzlich neu zu auszurichten (Ansätze gab es hierzu schon früher), verband sich mit der Einsicht, dass sich der demokratische Sozialismus auch humanistischen, philosophischen und christlich-sozialethischen Begründungen öffnen müsse, um erfolgreich Wähler und Parteimitglieder aus dem bürgerlichen und religiös-christlichen Umfeld ansprechen zu können.

65 Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 28 vom 17. März 1978, S. 264.

66 Helmut SCHMIDT, *Verfechter weltweiten sozialen Ausgleichs*, in: KLEIN (wie Anm. 3), S. 90–93, hier S. 91.

Im Zuge der Programmvorbereitungen zum Bad Godesberger Reformparteitag 1959 fand in der Katholischen Akademie in München im Januar 1958 ein Gespräch zwischen Vertretern der katholischen Soziallehre und der SPD statt. Wichtigster Gesprächspartner der Sozialdemokraten war Oswald von Nell-Breuning, der bedeutendste Vertreter seines Faches in Deutschland und als solcher der wichtigste Vermittler des Subsidiaritätsprinzips und subsidiärer Ordnungspolitik. Inhalt der Gespräche waren vor allem die unterschiedlichen Zugänge von theologischen und philosophischen, konfessionellen und religiös ungebundenen Vorstellungen zu Staat, Recht, Gesellschaft und Kultur.

Nell-Breuning hat den SPD-Theoretikern wichtige Einsichten in die Programmatik und das Theoriegebäude eines religiös-ethisch begründeten Sozial- und Politikverständnisses vermittelt – eine Arbeit, die den Jesuiten später zu der Feststellung verleitete, dass er im Gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms „ein kurzgefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“ erkenne. Dies bedeutete zugleich eine positive Begutachtung, wonach vom christlich-sozialethischen Verständnis her die SPD fortan für Katholiken wählbar sei.

Die Gespräche zwischen SPD und katholischen Sozialethikern in den Jahren 1958/59 fallen in einen Zeitraum, der zugleich den Beginn eines tiefgreifenden theologischen, sozialethischen und pastoralen Umbruchs der Katholischen Kirche markiert. Mit der Soziallehre Johannes' XXIII. wurde ein neuer sozialethischer Argumentationsstil in das katholische Denken eingeführt, der den Raum für die politische Autonomie und die Verantwortung des einzelnen Christen wesentlich ausweitete. Zwangsläufig erweiterte die katholische Sozialethik (als solche wird man sie seither treffender bezeichnen können) damit zugleich den Raum für unterschiedliche ethische Argumentationen – eine Haltung, die mit dem Aufbrechen des Milieukatholizismus und seiner Entwicklung zu einem pluraleren Gebilde einherging.⁶⁷

Nell-Breuning hat diese Entwicklung des Katholizismus konstruktiv begleitet und wesentlichen Anteil an der sozialethischen Erneuerung und Modernisierung seines Faches. Unaufdringlich bot der Jesuit seine Hilfe und seinen Rat allen politischen Richtungen an. Seit den 1950er Jahren verdichteten sich jedoch seine Kontakte zum Deutschen Gewerkschaftsbund und zur Sozialdemokratie, wobei seine Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Schmidt besonders ins Auge stechen. Die wiederholten Besuche des Sozialdemokraten im

67 Vgl. Wilhelm KORFF, *Grundzüge einer künftigen Sozialethik*, in: DERS., *Wie kann der Mensch glücken? Perspektiven der Ethik*, München 1985, S. 95–118. Aus der Perspektive gemeinsamer, d. h. katholischer und evangelischer Sozialethik erwachsener Grundsatzideen vgl. Bernhard VOGEL (Hg.), *Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung – Christliche Ethik als Orientierungshilfe*, Berlin 2006.

Domizil des Frankfurter Jesuiten können neben allgemeiner Wertschätzung auch als Anerkennung der Dienste gewertet werden, die dieser der Sozialdemokratie vor allem in der kritischen Phase ihrer programmatischen Neuorientierung seit den späten 1950er Jahren erwiesen hat.